

Uwe Schummer

- (A) beitslos oder frühverrentet sind. Das heißt, sie sind aus der Werkstatt raus und vereinsamt zu Hause geblieben, auf Dauer arbeitslos geblieben. Das ist nicht Inklusion; das ist Ideologie, und zwar zulasten der Menschen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Das ist Kapitalismus, Herr Schummer! Das hat mit Ideologie auch ein bisschen zu tun!)

Wir wollen optional Werkstätten, Integrationsfirmen und „Budget für Arbeit“, damit wir möglichst Durchlässigkeit und auch Wahlfreiheit erreichen. Wir wollen keine Ideologie, die das eine gegen das andere ausspielt, so wie es bedauerlicherweise bei den Grünen immer noch der Fall ist.

Wir werden systematisch weiter an den Themen arbeiten. Es kommt das Behindertengleichstellungsgesetz. Da geht es um die Förderung der leichten Sprache, um ein Kompetenzzentrum für Barrierefreiheit. Wir werden im nächsten Jahr das Thema Schwerbehindertenvertretungen und das Teilhabegesetz angehen – ein Werkstück nach dem anderen; denn die Menschen erwarten Lösungen und Gesetze und nicht große Reden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Corinna Rüffer für Bündnis 90/Die Grünen.

(B)

Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Schummer, ich bin jetzt fast geneigt, von meinem Redemanuskript abzuweichen. Das werde ich aber nicht tun.

Heute ist der Internationale Tag der Menschen mit Behinderung, und wir schaffen es, um 19 Uhr diese Debatte zu führen, ganze 25 Minuten lang. Das ist eine Katastrophe. Diese Debatte gehört eigentlich in die Kernzeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Sigrid Hupach [DIE LINKE])

Ich möchte Ihnen auch erklären, warum. Zu diesem Zweck lese ich einmal vor, was mir eine Mutter eines Sohns mit besonders hohem Unterstützungsbedarf geschrieben hat. Ich zitiere:

Eltern behinderter Kinder fühlen sich alleingelassen, ständig in der Rechtfertigungsposition, ständig im Kampf mit den Behörden. Wir brauchen stattdessen Verständnis und Unterstützung und nicht immer das Gefühl, als Schmarotzer der Gesellschaft gesehen zu werden. Wir lieben unsere Kinder nicht weniger als Eltern ihre gesunden Kinder. Auch unsere Kinder sollen glücklich sein.

Ich sage: Sie haben ein Recht dazu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Ich habe am Montag ganz intensiv mit dieser Frau geredet. Sie hat mir noch einmal erklärt, was für ein harter Kampf es gewesen ist, bis sie jetzt eine Lösung für sich, ihren Sohn und den Rest der Familie gefunden hat. Der Sohn wohnt in einer eigenen Wohnung, hat Persönliche Assistenz. Er lebt so, wie sie sich das wünschen. Das hat Jahre gedauert, und das darf nicht so bleiben. In einem hochentwickelten Staat wie Deutschland darf es nicht Jahre dauern, bis man sich so ein Setting erarbeitet hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Katrin Werner [DIE LINKE])

Der Sohn hat, wie gesagt, hohen Unterstützungsbedarf. Er kann nicht sprechen und sitzt im Rollstuhl. Er hat das passive Sprachverständnis eines vielleicht neun Monate alten Kindes. Trotzdem lebt er heute in seinem Viertel, voll integriert, als wirklich glücklicher Mensch. Ich habe ihn besucht und mir ein Bild gemacht. Ich kann sagen: Das ist möglich, aber nur dann, wenn der Staat das tut, was er tun muss, nämlich die Menschen unterstützen. Ich kann die Mutter voll unterstützen, wenn sie sagt: Für diesen Sohn wäre das Heim nicht der richtige Platz gewesen. Dort wäre dieser Sohn nicht so glücklich, nicht so zufrieden, wie er es heute ist.

Es ist zum Verzweifeln. Zu dem Schluss kommt man, wenn man dieser Frau zuhört, wenn sie über das Hilfesystem redet, wenn sie darüber redet, was sie durch das zuständige Sozialamt erlitten hat. – Herr Kaster, da gucken Sie. Ich erkläre Ihnen das einmal.

(Bernhard Kaster [CDU/CSU]: Ich höre zu!)

(D) Es wurde nicht darauf geachtet, was diese Frau will, nämlich dass das Instrument des Persönlichen Budgets auf eine Person angewendet wird, die eine sogenannte geistige Beeinträchtigung hat. In dem Zusammenhang redet man eigentlich eher über Akademiker, die im Rollstuhl sitzen. Das Persönliche Budget ist aber nicht nur für diese Personengruppe geeignet, sondern auch für diejenigen, die kognitive Beeinträchtigungen haben. Das betreffende Sozialamt hat jahrelang dagegen gekämpft, dass diese Frau dieses Instrument für ihren Sohn in Anspruch nehmen konnte. Man hat hinter ihrem Rücken und ohne ihr Wissen einen Heimplatz organisiert in der Hoffnung, dass sie irgendwann einknickt und aufgibt. Sie hat aber nicht aufgegeben, und nun lebt ihr Sohn in der vorhin beschriebenen Situation.

Diese Frau hat nicht aufgegeben, weil sie sich mit anderen in einem Verein für Menschen mit Behinderung zusammengetan hat, die sich selbst organisiert haben. Sie ist politisch aktiv geworden und hat Leute kennengelernt, die etwas zu sagen haben. Es kann aber doch nicht sein, dass in Deutschland nur dann Dinge umgesetzt werden können, wenn man über Vitamin B verfügt und die Kraft hat, sich das aufzubauen. Das darf nicht sein. Wir leben nicht in einer Bananenrepublik, sondern in einem Rechtsstaat, in dem die Menschen ihre Rechte auch in Anspruch nehmen dürfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es darf keinen Automatismus geben, irgendwann im Wohnheim zu enden. Vielmehr müssen individuel-

Corinna Rüffer

- (A) le Lösungen möglich sein. Wir wissen aus zahlreichen Untersuchungen: Unabhängig davon, ob der Hilfebedarf groß oder gering ist, wollen die Menschen individuelle Lösungen. Die sollen sie auch bekommen. Insofern ist es sehr wichtig, dass wir jetzt endlich in die Debatte um das Bundesteilhabegesetz einsteigen. Ursprünglich war zugesagt, dass der Referentenentwurf Ende November vorliegt. Irgendwann sickerte durch, dass wir mit der Vorlage im Frühling rechnen dürfen. Wir haben aber keine Zeit zu verlieren. Wir erwarten, dass Sie etwas Substantielles vorlegen, über das wir diskutieren können.

Mit unserem Antrag, den wir vorgelegt haben, machen wir konkrete Vorschläge, die sich ableiten aus der Expertenanhörung des UN-Fachausschusses für Rechte von Menschen mit Behinderungen vom März dieses Jahres in Genf. Wir wollen Sondereinrichtungen abbauen und gemeindenahere Dienste aufbauen. Wir wollen ein Hilfesystem schaffen, das dazu dient, dass die Menschen das bekommen, was sie sich wünschen und was sie glücklich macht. Darüber können wir einmal reden. Der Staat ist auch dazu da, die Bevölkerung im Einzelfall glücklich zu machen. Ich glaube, das tun wir viel zu selten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Frau Kollegin Rüffer, das Thema verdient es mit Sicherheit, dass es sehr ernsthaft und ausführlich behandelt wird. Trotzdem haben wir vereinbarte Redezeiten.

- (B) **Corinna Rüffer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Ende. Aber das zeigt ja, dass dies ein ergiebiges Thema ist. Deshalb sollten wir beim nächsten Mal nicht nur 25 Minuten, sondern vielleicht anderthalb Stunden lang darüber reden. Das Thema ist wirklich wichtig.

Zum Schluss möchte ich sagen: Wir haben im Jahr 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Insofern handelt es sich um geltendes Recht in diesem Land. Wir sollten das endlich umsetzen. Darum bitte ich. Bitte leisten Sie mit Ihrer übergroßen Mehrheit Ihren Beitrag dazu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Tack für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Kerstin Tack (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte damit beginnen, den Angehörigen derer mein Beileid und meine Anteilnahme auszusprechen, die gestern in einer Einrichtung der Behindertenhilfe in Kalifornien Opfer eines Schusswaffenangriffs geworden sind, 17 an der Zahl, vielleicht noch mehr; das wissen wir noch nicht. Auch wenn wir noch keine näheren Einzelheiten kennen,

ist festzuhalten, dass solche Dinge auch vor Einrichtungen der Behindertenhilfe nicht haltmachen. Ich glaube, an dieser Stelle und an diesem Tag muss Raum sein, zu sagen, dass unsere Gedanken bei den Angehörigen der Opfer sind und wir diesen Angriff verurteilen.

(Beifall im ganzen Hause)

Mit der Staatenberichtsprüfung, die wir im Mai erstmals für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland hatten, haben wir eine ganze Reihe von Empfehlungen und Anregungen bekommen für die künftige Entwicklung in Deutschland zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Wir haben aber auch mitbekommen – es ist immer so einfach, zu sagen, wo es nicht gut läuft –, an welchen Stellen wir uns in den vergangenen Jahren schon in Richtung einer inklusiven Gesellschaft entwickelt haben. Ich freue mich, dass wir uns insbesondere mit der Frage der Bewusstseinsbildung befassen – das ist die größte Herausforderung bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention –, dass wir uns mit der Frage befassen, wie wir einen Bewusstseinswandel schaffen und die allergrößten Barrieren abbauen können, nämlich die Barrieren in den Köpfen der Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Der Abbau dieser Barrieren ist der größte Hemmschuh für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Der Gesetzgeber ist da ein Player durch die Rahmenbedingungen, die er setzen muss. Aber auch alle anderen, die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft, die Kirchen, sind gefragt, zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beizutragen und sich nicht auf den Bundesgesetzgeber zu verlassen; denn er kann mit Rahmenbedingungen keine Köpfe verändern, sondern nur Rahmenbedingungen in Form von Gesetzen setzen.

Ich möchte mich auf den Arbeitsmarkt konzentrieren, weil ich glaube, dass der inklusive Arbeitsmarkt eine Schlüsselfunktion für eine inklusive Gesellschaft und für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat. Vor wenigen Tagen ist das Inklusionsbarometer Arbeit erschienen. Es belegt, dass wir mit einer Zahl von 1,15 Millionen Menschen, die im allgemeinen Arbeitsmarkt untergekommen sind, ein Rekordniveau erreicht haben, auf dem wir uns zwar nicht ausruhen, das wir aber durchaus zur Kenntnis nehmen. Gleichzeitig – da wird es dann schon kritisch – stieg die Zahl der arbeitslosen Menschen an. Die Arbeitslosenquote ist unter schwerbehinderten Menschen doppelt so hoch wie bei Menschen ohne eine Beeinträchtigung. Insbesondere psychisch erkrankte und geistig behinderte Menschen haben einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt. Das zeigt: Hier ist ein Bewusstseinswandel, auch in der Wirtschaft, von ganz großem Nutzen. Deshalb freue ich mich, dass wir hier in den letzten zwei Jahren eine ganze Menge dazu auf den Weg gebracht haben. Ich möchte das gerne erläutern.

Wir haben mit der Initiative Inklusion und ihren vier Zielen genau an der Stelle angesetzt. Wir geben 80 Millionen Euro dafür aus, dass 20 000 schwerbehinderte